

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

27. Landesversammlung

09. - 10. Februar 2007 in Chemnitz

Gegenstand:

Einführung eines Grundeinkommens

TO-Punkt

Antragsteller:

LAG Christinnen und Christen

Bemerkungen:

V-3

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____

Gültig: _____

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

1 Die Landesversammlung möge beschließen:

2

3 Einführung eines Grundeinkommens

4

5 Der sächsische Landesverband unterstützt die Forderung nach einem Grundeinkommen nach
6 dem Modell des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

7 Kernpunkte dieses Konzeptes:

8

9 Einführung eines Grundeinkommens ohne Bedürftigkeitsprüfung (mind. 600 Euro) für alle, die
10 seit acht Jahren oder von Geburt an ihren Wohnsitz in der BRD haben

11 - negative Einkommenssteuer bei einem Anrechnungsfaktor von 40 % und einem Grenz-
12 steuersatz von 53 %

13 - oberhalb des Grundeinkommens ist die Lebensstandardsicherung Bestandteil einer pri-
14 vaten Vorsorge

15 - Finanzierung durch Steuern auf alle Einkommensarten und eine Wertschöpfungsabgabe

16 - mögliche zusätzliche Einkommensquellen: Vermögensteuer, erhöhte Erbschaftsteuer,
17 Börsenumsatzsteuer und eine Devisenumsatzsteuer

18 - Festlegung einer "Jahreshöchsterwerbsarbeitszeit" von 1.500 Stunden

19 - Personen zwischen 18 und 64 Jahren müssen (mit begründeten Ausnahmen) ihren An-
20 spruch auf Grundeinkommen nachweisen, indem sie 500 Stunden pro Jahr in einem der
21 vier zentralen Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit leisten:

22 - Familienarbeit (Kindererziehung, Pflege, Betreuung),

23 - Bildung,

24 - Erwerbsarbeit,

25 - ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement in Verbänden, Gruppen,

26 Sportvereinen und Initiativen, Wahrnehmung politischer Verantwortung

27 - allgemeine gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, Beitragserhebung auf alle Ein-
28 kommensarten

29

30
31
32

Begründung:

33 Die Frage nach einer zukunftsfähigen sozialen Absicherung nimmt mittlerweile einen breiten
34 gesellschaftlichen Raum ein. Ein mögliches „Grundeinkommen“ wird von vielen Medien ernst-
35 haft thematisiert und findet auch große Resonanz in unserer Partei. Auch wenn es dazu regen
36 Widerspruch gibt, kann sich doch niemand dieser Diskussion verschließen. Die bisherige Praxis
37 konnte nicht überzeugen, so dass eine grundsätzliche Neuorientierung nicht ausgeschlossen
38 werden sollte. Neben „exotischen“ Vorschlägen gibt es nach unserer Auffassung eine Reihe
39 von akzeptablen Modellen, die finanzierbar und unterstützenswert erscheinen. Dazu gehört
40 beispielsweise die von Michael Opielka propagierte „Grundeinkommensversicherung“ (siehe
41 z.B. AKP 6/2005), die von der BAG Christinnen und Christen übernommen wurde.

42 Dass wir ein anderes Modell bevorzugen, hat seinen Grund in der wiederholt geäußerten Kritik
43 an der „Bedingungslosigkeit“ bzw. in der Forderung nach „Teilhabeerechtigkeit“ an Stelle
44 von bloßer finanzieller „Ruhigstellung“. Dabei wirkt die Bedingung einer nachgewiesenen Tä-
45 tigkeit mehrfach positiv: gesellschaftliche Teilhabe (und Teilnahme) wird gefördert, ehrenamtli-
46 che und Familienarbeit erfährt mehr Anerkennung (so wie wir es im Landtagswahlprogramm
47 fordern), Arbeit kann besser verteilt werden, und die Gesellschaft signalisiert jeder und jedem:
48 „Du wirst gebraucht“.

49 Da sich die nächste BDK ausführlicher mit der Thematik Grundsicherung/Grundeinkommen
50 beschäftigen wird, halten wir eine Positionierung unseres Landesverbandes für hilfreich und
51 nötig.

52 Dabei kann es noch nicht um eine endgültige Entscheidung gehen; andere Vorschläge sollen
53 damit nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Auch bedarf es einer weiteren Überprüfung
54 der Finanzierbarkeit sowie der praktischen Umsetzbarkeit.

55 Allerdings halten wir es für wenig konstruktiv, von vornherein Alternativen zum bisherigen Sys-
56 tem auszuschließen. Gleichzeitig gilt es, den Verfechtern der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“
57 entgegenzutreten, die eine weitgehende Liberalisierung und den „Rückzug des Staates“ for-
58 dern und damit indirekt den Sieg der Starken über die Schwachen propagieren.

59 Das Grundeinkommen ist eine mögliche Antwort auf die Fragen, mit denen wir fast täglich kon-
60 frontiert werden. Die Resonanz auf diese Vorschläge, die wir bisher erfahren haben, ist so posi-
61 tiv, dass es sich lohnt, als Landesverband dafür in die Offensive zu gehen.

62

63 für die LAG:

64 Heiko Reinhold
65 Sprecher

66